Ausland

Libyen

Niederlage für die „Einheitsregierung“

Nur zwei Tage nachdem der libysche Premierminister Fayez Sarraj, 56, die Abgeordneten im Osten des Landes im SPIEGEL-Gespräch aufgefordert hatte, ihren etwa drei Monate währenden Sitzungsboykott zu beenden und seine „Einheitsregierung“ anzuerkennen, kam das Parlament am Montag zusammen. Doch anstatt das Kabinett zu bestätigen, lehnten 61 der 101 erschienenen Parlamentarier die Ministerliste ab – eine schwere Niederlage für Sarraj. Der gelernte Architekt hatte das schwierige Amt des Regierungschefs im März übernommen. Gegner seiner von den Vereinten Nationen ausgehandelten „Einheitsregierung“ behaupten, Sarraj habe mit dem negativen Quorum im international akzeptierten Parlament jede Legitimität verloren. Die Hardliner um den ehemaligen Gaddafi-General Khalifa Haftar beschuldigen den Premier, in Tripolis eine islamistische Regierung zu errichten; Haftar betrachtet sich als wichtigsten Verteidiger des säkularen Libyen. Wenn das zersplitterte Bürgerkriegsland überhaupt eine Chance auf Stabilisierung hat, dann ist diese nur im Kompromiss zu finden. Premier Sarraj mag wenig Autorität besitzen, doch seine Regierung kam immerhin durch Beteiligung der wichtigsten politischen Lager zustande. Er will weiter versuchen, ein Kabinett aufzustellen, dem das Parlament vielleicht doch noch zustimmt. Vermitteln will auch weiterhin der deutsche Uno-Sondergesandte Martin Kobler. Er ist in diesen Tagen unterwegs nach Katar, Ägypten und in die Vereinigten Arabischen Emirate, die hinter vielen Kampftruppen in Libyen stehen. Der Diplomat will sie als Unterstützer für den politischen Prozess gewinnen. „Gut, dass sich das Parlament endlich getroffen hat, nun arbeiten wir daran, den Konsens zu verbreitern“, sagte Kobler dem SPIEGEL. Das klingt nach Zweckoptimismus, denn nach einem Konsens sieht es nicht aus. Nur wenige Hundert Kilometer vor den Außenposten Europas braut sich ein toxisches Gemisch aus Kriminalität, Menschenschmuggel und Extremismus zusammen. suk

Ostasien

Gefährlicher Anspruch

Eine Zeit lang schien es, als hätte Japan sich daran gewöhnt, dass Schiffe der chinesischen Küstenwache regelmäßig in die Gewässer um die Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer eindringen. Erst kürzlich waren bewaffnete Boote Pekings sowie über 200 chinesische Fischerboote in das Gebiet vorgestoßen, um die Besitzansprüche Chinas zu demonstrieren. Doch damit riskiert Peking, dass Tokio jetzt die Geduld verliert im Streit um die 1895 annektierten Inseln. „Die chinesische Seite weitet ihre Aktivitäten immer aggressiver aus“, sagte Admiral Katsutoshi Kawano, Generalstabschef der japanischen Streitkräfte dem SPIEGEL. Eine Eskalation wird in Tokio nicht mehr ausgeschlossen. „Die Senkaku-Inseln gehören uns“, so Kawano, „unsere Streitkräfte werden sie entschlossen verteidigen.“ Er warnt Peking davor, die japanische Handlungsbereitschaft zu unterschätzen. Besonders gefährlich macht die Auseinandersetzung, dass die Militärs beider Länder keinen festen Gesprächskanal unterhalten. Japan, behauptet Kawano, dränge seit Längerem darauf, einen Mechanismus für Treffen hochrangiger Offiziere einzurichten, doch die Gespräche darüber kämen nicht voran. ww







KYODO / DDP IMAGES / NEWSCOM

Senkaku-Inseln

Fußnote

46 635

Kubaner sind seit Oktober 2015 bis Juli in die USA geflüchtet. Bevor US-Präsident Barack Obama ankündigte, die Beziehungen mit Havanna wiederaufzunehmen, waren es zwischen Oktober 2013 und 2014 nur 24 278. Weil viele um ihr Einbürgerungsprivileg fürchten, steigt die Flüchtlingszahl.